

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Petitzeile 0,60 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Neue Arbeitsgemeinschaft?

Vom westlichen Industriegebiet geht die Nachricht aus, daß sich in Essen am 22. Dezember Vertreter der Geistlichkeit, der christlichen Arbeiterbewegung, des christlichen Unternehmertums und einige Abgeordnete zusammen gefunden haben, um sich eingehend mit der gegenwärtigen großen Notlage des Ruhrbergbaues, insbesondere der Arbeiterschaft, zu befassen. Es sei von maßgebender Unternehmenseite die Bereitwilligkeit erklärt worden, eine weitere Zusammenkunft der Arbeiterführer und Bergbauvertreter in kürzester Frist herbeizuführen, um in vertrauensvoller Zusammenarbeit Mittel und Wege zur Witterung der niederdrückenden Schwierigkeiten zu suchen. Eine gleichartige Zusammenarbeit aus dem Bewußtsein gemeinsamer Verantwortung für unser Volk auch auf allen anderen Wirtschaftsgebieten sei Pflicht aller Beteiligten.

Das sind inhaltlich schwere Sätze, Vorgänge von weittragender Bedeutung. Es wird da die Erinnerung mahngerufen an ähnliche Vorgänge, welche schon früher ihre fruchtbare Wirkung ausgelöst haben. Vorgänge, welche deshalb auch zu besonderen Erwägungen Anlaß geben.

Zunächst sei gebührend die Tatsache hervorgehoben, daß es in diesem Falle Vertreter der christlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind, welche sich gemeinsam mit den Vertretern der Geistlichkeit zu diesem Zwecke zusammen gefunden haben. Wer erinnert sich da nicht der Kundgebungen, welche von Vertretern der Geistlichkeit seinerzeit zu sozialen Zeitfragen erlassen wurden. Da hatte der Deutsche evangelische Kirchentag in einer „Sozialen Botschaft“ in ausführlicher Weise das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer behandelt. Wahrheit soziale Gerechtigkeit stammt aus dem christlichen Glauben, mit dem die Überzeugung von dem unvergleichlichen Wert der Menschenheit, die Pflicht zur Brüderlichkeit und zum opferwilligen Dienen, das Bewußtsein der Verantwortung vor Gott und als oberstes Ziel das Reich Gottes gegeben ist. Nur auf christlichen Boden sind die sozialen Forderungen vernünftig und in ihre Verwirklichung möglich. Gewiß legt die Verwirklichung eine feste wirtschaftliche Ordnung voraus, aber diese Ordnung kann nur dann soziale Gerechtigkeit bringen, wenn sie beachtet, daß der Mensch unendlich wichtiger ist, als alle Sachwerte. Von hier aus kann unser Volk wieder die rechte Stellung zu Besitz, zu Arbeit und Beruf und zu dem Wirtschaftsleben gewinnen.

Dann hat die Fuldaer Bischofskonferenz sich eindringlich mahnend zu der bedrohlichen Spannung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geäußert: „Gewiß ist es Pflicht der Kirche, die Arbeiter anzuhalten zu tüchtiger Arbeitsleistung und Betragstreue, einerlei, ob es gern oder ungerne geschieht, sie zu warnen vor aufrührerischem Treiben gewissenloser Heber und Agenten umsturzwilliger Parteien, sie zurückzuhalten von Gesellschaften, die mit unerfüllbaren Versprechungen wirtschaftlicher Vorteile anlocken, um zugleich den Kampf gegen Christus und seine Kirche, gegen die Grundgesetze unserer Religion zu betreiben. Aber die Kirche wendet sich nicht nur einseitig an die Arbeiter... Mit derselben Offenheit warnt sie die Arbeitgeber vor egoistischen und materialistischen Grundtendenzen im Wirtschaftsleben, ruft ihnen ins Gewissen die Pflicht gerechter und wohlwollender Lohn- und Arbeitszeitbemessung, warnt vor jeder ungerechten Ausnützung der Notlage der Arbeiter und erinnert an die Pflicht, ein Herz zu haben für die Lage der Arbeiter und ihrer Familien.“

Das sind ernste Mahnungen, doch die rauhe Sachlichkeit bietet sich uns anders dar. Da sind leider, leider die Verhältnisse meistens härter als die Menschen. Interessengegenstände bilden sich heraus. Harte Kämpfe um den Ausgleich müssen ausgefochten werden. Statt Veröhnung, verschärften sich die Gegensätze. — Ist da nicht das vertrauensvolle und gleichberechtigte Zusammenwirken von Kapital und Arbeit, von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, der geeignete Wege, um zu einem Ausgleich der Gegensätze zu kommen? Das sollte mindestens für Christen nicht zweifelhaft sein. Würden christliche Arbeitgeber und christliche Arbeitnehmer aus dem Bewußtsein gemeinsamer Verantwortung für unser Volk den Weg ebnen für allgemeine Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien, so könnte dadurch gewiß in beträchtlichem Maße dem sozialen Frieden gedient, der Notlage des Volkes gesteuert werden.

Die Vorgänge in Essen rufen aber auch die Erinnerung nach an ähnliche Bestrebungen, welche im Jahre 1918 eingeleitet wurden. Ähnliche Bestrebungen bildeten

damals den Ausgangspunkt zu den späteren Arbeitsgemeinschaften und zu der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands. In einer von der sanft entschlafenen Zentralarbeitsgemeinschaft herausgegebenen Broschüre über „Entstehung, Bedeutung und Ziel der Arbeitsgemeinschaft“ sind über diese Vorgänge von dem Geschäftsführer des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller sehr bezeichnende Ausführungen gemacht worden. „In der elektrotechnischen Industrie hatte man im Mai 1918 den Eindruck, daß es nicht mehr möglich sein werde, die deutsche Wirtschaftspolitik auf die Macht der wirtschaftspolitischen Verbände des Unternehmertums allein zu bauen, sondern daß man die Mitwirkung der organisierten Arbeiter und Angestellten unbedingt nötig haben werde.“ „Damals wurde Herr Hugo Stinnes von der Eisenindustrie beauftragt, mit den Gewerkschaften in Verhandlungen zu treten. Zu diesem Auftrag der Eisenindustrie kam das Mandat des Zentralverbandes. Es dauerte nicht viele Tage, und hier im Rheinland und Westfalen war eine Einigung zustande gekommen.“ Diese Verhandlungen wurden in Berlin fortgesetzt und brachten die Vereinbarungen zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vom 15. November 1918. In diesen Vereinbarungen werden die Gewerkschaften als berufene Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt. Eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen für unzulässig erklärt. Die wirtschaftsfriedlichen Werkzeuge (die Gelben) wurden aufgegeben. Die aus dem Hereszenst zurückkehrenden Arbeitnehmer sollten die Arbeitsstelle wieder erhalten, die sie vor dem Kriege innegehabt hatten. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sollten um Beschaffung von Rohstoffen und Arbeitsaufträgen bemüht sein. Gemeinsame Regelung und paritätische Verwaltung des Arbeitsnachweises wurde vereinbart. Die Arbeitsbedingungen mußten durch Kollektivvereinbarungen (Tarifverträge) festgelegt werden. Arbeiterauschüsse wurden eingeführt und Schlichtungsausschüsse bzw. Einigungsämter geschaffen. Das Höchstmaß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit wurde für alle Betriebe auf acht Stunden festgesetzt. Verdienstförmigerungen aus Anlaß dieser Verkürzung der Arbeitszeit durften nicht stattfinden. Zur Durchführung dieser Vereinbarungen wurde ein Zentralausschuß auf paritätischer Grundlage errichtet. Später bildete sich die Zentralarbeitsgemeinschaft mit den 14 Reichsarbeitsgemeinschaften für die verschiedensten Industrien und Gewerbe.

Also außerordentlich weitgehende Vereinbarungen kamen hier zustande. In dieser Zeit der gemeinsamen Not, da fand man Mittel und Wege, der größten Schwierigkeiten Herr zu werden. Damals hieß es: „Wie kann man die Industrie retten?“ „Inmitten der allgemeinen großen Unsicherheit... gibtes für die Industrie nur auf Seiten der Arbeiterschaft starke Bundesgenossen, das sind die Gewerkschaften.“ Hier fand man den Weg zu gemeinsamer Arbeit im Interesse von Arbeitgeber und Arbeitnehmer. — Ach, wie ist doch seitdem so manches anders geworden! Wie hat sich heute bei so vielen Arbeitgebern das Blatt wieder gewendet!

Und doch, — angehts der Notlage unseres Volkes, unserer Wirtschaft, insbesondere angesichts der himmelstreichenden Verhältnisse für so viele, viele Arbeitnehmer, wäre verständnisvolle Gemeinschaftsarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sehr am Platze. Jawohl, verständnisvolle Zusammenarbeit, nicht nur solche der Form halber.

Sollten die ersten Bestrebungen in Essen zu solcher Gemeinschaftsarbeit führen, so müßte das lebhaft begrüßt werden. Eine Entspannung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse müßte unbedingt die Folge sein. Eigentlich waren die Auseinandersetzungen über die Neubestimmung der Arbeitsgemeinschaften noch nicht ganz verflümmet. Wer denkt nicht an die Auseinandersetzungen zwischen Herrn v. Borjg und Adam Stegerwald, erinnert sich nicht, daß Geschäftsführer immer wieder die Bereitwilligkeit und Komwendigkeit gemeinsamer Arbeit betont haben. Christliche Arbeiterführer aus ihrer grundsätzlichen Stellung zu Kapital und Arbeit heraus für gesunde, fruchtbringende Gemeinschaftsarbeit. Kapital und Arbeit haben nicht nur gegensätzliche, haben auch gemeinsame Interessen. Jeder großkapitalistische Herrschensystem, nach Natur des Profitorientals sind geeignet, die Grundlage zu bilden für gemeinsame Arbeit. In diesen Grundgedanken hat bislang die Gemeinschaftsarbeit in Deutschland getraut, sie ist daran zum Teil zugrunde gegangen. Und dennoch — soll das deutsche Volk, die deutsche Wirtschaft über die gegenwärtige Notlage hinweggebracht werden, so ist dringend

gegeben, daß sich die Träger der Wirtschaft, Vertreter von Kapital und Arbeit, zusammensuchen.

Mögen dazu die Essener Bestrebungen den verheißungsvollen Anfang bilden!

Die Sozialpolitik 1924/25

Es ist nicht zu verkennen, daß sich heute in weiten Kreisen des deutschen Volkes ein weitgehender sozialpolitischer Optimismus breitgemacht hat. Nach Kriegsende wartete die Arbeiterschaft auf soziale Reformen größten Stiles, während die Wirtschaftsidee und finanzielle Lage Deutschlands keine Grundlage für diese hochgepannten Erwartungen abgab. Wenn man aber heute, sieben Jahre nach Kriegsende und zwei Jahre nach dem Aufhören der Inflation, das auf sozialem Gebiet Geschehene einer kritischen Prüfung unterzieht, so wird der Aufrichtige zugeben müssen, daß das, was im Grunde genommen wie im einzelnen in der Sozialpolitik geleistet wurde, nicht dazu ansetzt ist, kräftiger, wegwerfende Urteile über die Entwicklung der deutschen Sozialpolitik zu fällen.

Der Reichsarbeitsminister hat in Kassel eingehende Ausführungen über den Stand der deutschen Sozialpolitik gemacht. Man muß sie kennen: denn solche Kenntnis allein vermag dem sozialen Optimismus im Lande die Spitze zu bieten, Zukunftshoffnung und Weiterarbeit zu beleben.

Zur Sozialversicherung wies Minister Dr. Brauns in seinen Darlegungen nach, daß der Währungsverfall Ende des Jahres 1923 so katastrophal für sie war, daß auch ernst zu nehmende Sozialpolitiker sich für einen Erlaß durch öffentliche Fürsorge aussprachen. Die Invalidenversicherung hatte ihr ganzes Vermögen und damit die Zentraleinnahme eingebüßt; in der Unfallversicherung war eine individuelle Berechnung der Rente nicht mehr möglich, die Krankenkassen waren zum großen Teil zusammengebrochen, und die bestehenden wenig leistungsfähig.

Der Wiederaufbau der Sozialversicherung vollzog sich nicht in den alten Formen, und es handelte sich nicht darum, hier und da entfallende Lücken auszufüllen, man ging neue Wege, und man baute auf neuen Grundstücken. Dabei wurde ganz besondere Aufmerksamkeit der gezielten Verteilung vordringender Maßnahmen zum Schutze der Gesundheit und der Arbeitskraft der Versicherten zugewendet. Das Gesetz über die Unfallversicherung vom 11. Juli 1923 brachte gegen früher wirksame Unfallverbütung und höhere Beiträge, sachliche und zeitliche Erweiterung der Krankenbehandlung, die Berufsfürsorge und die Aufgabe, den Beschäftigten im Arbeitsprozess wieder zu verwenden. Auch in der Invaliden- und Angestelltenversicherung wurde das Hauptgewicht auf die vorbeugende Fürsorge gelegt, und das Gesetz vom 28. Juli 1923 über Gesundheitsfürsorge in der Reichsversicherung machte die Versicherungsanstalten zu Trägern von Gesundheitsmaßnahmen zur Bekämpfung von Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, Krebs, Alkoholismus usw.

Neu gegenüber der Vorkriegszeit ist die Sozialhilfe für versicherte Frauen und für die Angehörigen von Versicherten. Von 1,2 Millionen Geburten in Deutschland leben 300.000 Kälte unter dem hygienischen und wirtschaftlichen Schutze der Krankenkassen.

Der Schutz der Familie ist einer der Hauptgegenstände bei der neuen sozialen Gesetzgebung gewesen. Die Invalidenversicherung verlor 1,5 Millionen Säuglinge und 200.000 Waisen; die Angestelltenversicherung 20.000 Säuglinge und 24.000 Waisen; die Knappschaftsversicherung 100.000 Säuglinge und 95.000 Waisen und die Unfallversicherung 120.000 Hinterbliebenen. Die fast 2 Millionen Hinterbliebenen der Kriegsbeschädigten sind nicht eingerechnet.

Besondere Betonung findet der Gemeinschaftsgebante. Die Grundbeiträge der Renten in der Invalidenversicherung wurden stark erhöht. Dadurch tritt der hochentlohnte Arbeiter für den geringer entlohten ein und erhält zum Ausgleich für lange und wertvolle Zugehörigkeit zur Versicherung einen angemessenen Steigerungsbetrag. Da zwar die Leistungen, aber nicht die Beiträge nach dem Familienstande abgestuft werden, tragen die Jugendlichen und Ledigen einen Teil der Kosten des Familienschlusses und der Hinterbliebenenfürsorge. Hier ist auch zu erinnern an die knappschaftliche Versicherung, die heute auf der Solidarität des ganzen Bergbaues beruht, gegenüber der früheren großen Zersplitterung in leistungsschwache örtliche Knappschaftsvereine. Nachdem die Kapitaldeckung für die Rentenversicherung gesunken ist, hat die soziale Gesetzgebung an ihre Stelle die Gemeinschaft der Arbeiter und Unternehmer gesetzt. Die Träger der Wirtschaft, die Arbeiter und Unternehmer, stehen jetzt mit

Schafscheine sind in allen Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaften des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine zu haben.

Ebenso werden die Schafscheine durch die Organisationen der Gewerkschaften und der Arbeitervereine zu haben sein.

Es wird sich jetzt zeigen müssen, ob die Verbraucher sich mit Schimpfen auf die hohen Preise begnügen wollen, ohne Erfolg, oder ob sie bereit sind, praktisch selbst Hand anzulegen, um Einfluß auf die Preisgestaltung zu gewinnen.

führetagung der christlichen Gewerkschaften

Seit einer Reihe von Jahren hat sich in der christlichen Gewerkschaftsbewegung der Brauch herausgebildet, daß die Führer der Bewegung — Verbandsvorsitzende, Redakteure und Vorstandsmitglieder des Gesamtverbandes — die stille Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr benutzen, um sich in mehrtägigen Beratungen auszuspochen über all das, was zu ihren Obliegenheiten gehört.

Die Tagung befaßte sich mit den wichtigsten Fragen, die die deutsche Arbeitererschaft zurzeit berühren. Eine Reihe grundlegender Vorträge leitete die sehr rege und fruchtbare Aussprache ein. Die Vorträge behandelten die derzeitige Stellung der deutschen Arbeiterschaft im öffentlichen Leben und das Verhältnis der christlichen Gewerkschaftsbewegung zum Arbeitgebertum und zur sozialistischen Bewegung.

Die Aussprache ergab in allen wesentlichen Fragen völlige Meinungsübereinstimmung. Es darf festgestellt werden, daß die Führer der christlichen Gewerkschaften — wie nachdrücklichst sowohl vom Koll. Stegerwald wie auch vom Koll. Imbusch bekräftigt wurde — über Aufgaben, Wege und Ziele der Bewegung geschlossen und einig gehen.

Keinlose Einmütigkeit der Führetagung ergab sich auch in der Auffassung und dem Willen, jede Einmischung von Außenstehenden in die Aufgaben und die Führung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung entschieden abzulehnen.

Einen breiten Raum in den Beratungen nahmen die wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Gegenwart ein. Obwohl der Ernst der wirtschaftlichen Lage Deutschlands nicht verkannt wurde, herrschte Uebereinstimmung, daß ein übertriebener Wirtschaftspessimismus nur dazu benutzt wird, Arbeiter- und gewerkschaftsfeindliche Maßnahmen zur Durchführung zu bringen.

Entschieden bekannte sich die Tagung zur Notwendigkeit größter Sparsamkeit und weitestgehender Vereinfachung in der öffentlichen Verwaltung nicht minder wie in der Wirtschaft. Der produktiv tätige Mensch dürfe nicht unter der immer stärker werdenden Last der Verwaltung und Verteilung zusammenbrechen.

Die Ergebnisse der Hauszinssteuer seien der Verwendung in den Haushalten von Staat und Gemeinden zu entziehen und vollständig zur Herstellung neuer Wohnungen zu verwenden.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, der in Königswinter zu einer Sonder-tagung zusammentrat, beschäftigte sich in erster Linie mit dem nächsten Kongreß der christlichen Gewerkschaften. Der Ausschuß des Gesamtverbandes hatte auf seiner Tagung im Oktober zu Saarbrücken einem Antrage des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter auf Abhaltung eines Kongresses zugestimmt.

Am 9. Januar 1926 ist der zweite Wochenbeitrag für das Jahr 1926 fällig.

stimmt und den Vorstand mit der Erledigung der Vorarbeiten beauftragt. Die Vorstandssitzung in Königswinter beschloß, daß der nächste Kongreß der christlichen Gewerkschaften in den Tagen vom 17. bis 19. April 1926 stattfinden soll. Als Kongreßstadt kommen Dortmund oder Frankfurt a. M. in Betracht.

Allgemeine Rundschau

Den Bedürftigsten die Hilfe zuerst!

Die letzte (ungenügende!) Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung vollzog sich unter Umständen, die höchst unerfreulich genannt werden müssen. Die Anträge der Linksparteien, die sich in unmöglichen Forderungen für die Erwerbslosen und die Beamten aus reiner Agitationslust gegenseitig den Rang abliefen, boten, wie der „Deutsche“ mit Recht sagt, das Schauspiel eines Wettbewerbs in Demagogie.

Gewiß ist den unteren Gehaltsgruppen der Beamten eine Weihnachtsgatifikation sehr wohl zu gönnen, und es wird niemanden geben, der sie ihnen beim Vorhandensein genügender Mittel abschlagen würde. Aber zunächst müssen doch diejenigen befriedigt werden, die durch eine lange Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verzweifelt um die nackte Fröstung des Lebens kämpfen.

Gegen solche gemeine Verhöhnungen der Gewerkschaften polemisiert man nicht. Man hängt sie nur niedriger. Der Haß, der aus diesen Zeilen spricht, läßt auf eine geistige Anleihe beim Direktor Dr. Klein schließen. Es fehlt nur noch der Hinweis: In die Vaterneupfänge mit den Gewerkschaftsführern! Dann wäre der geistige „Höhepunkt“ der Zeitung erreicht.

Die Not der Erwerbslosen duldet keinen Aufschub!

Die Spitzenverbände der Gewerkschaften haben am Jahresabschluss noch einmal dringlich die Reichsregierung auf die Not der Erwerbslosen und Kurzarbeiter hingewiesen.

Sie verlangen bei dem bedrohlichen Steigen der Erwerbslosenziffer (über eine Million Hauptunterstützungsempfänger am 15. Dezember ohne Kurzarbeiter, Betriebsüberläufer und ohne die Zuschlagsempfänger!) sofortige ausreichende Hilfsmaßnahmen, vor allem Einführung der Kurzarbeiterunterstützung, vermehrte Vereinfachung von Notstandsarbeiten und Vereinfachung des Zahlungsvorganges bei der Prüfung von Anträgen, Rückprüfung der Unterstützungsfälle mit dem Ziel der Erhöhung und des Ausgleichs zwischen den einzelnen Wirtschaftsgebieten.

Die Spitzenverbände sind der übereinstimmenden Auffassung, daß es Pflicht der jetzigen Regierung ist, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen und nicht einer

kommanden Regierung die Verantwortung zu überlassen. Die Not der Erwerbslosen duldet keinen Aufschub.

Von 1928 ab Arbeitermangel?

Wann werden die Wirkungen des durch den Krieg verursachten Geburtenausfalls fühlbar werden? In vier Jahren wird der Jahrgang der Jugendlichen auf den Arbeitsmarkt treten, der im ersten Kriegsjahr geboren ist. Im April 1915 begannen die Auswirkungen des Krieges auf die Geburtenhäufigkeit. Im November 1917 hat die Zahl der Geburten in Deutschland seinen tiefsten Punkt erreicht. Im August 1919 beginnt wieder ein Aufstieg, von 1920 an wird die Geburtenhäufigkeit wieder normal. Der gesamte Geburtenausfall im Vorkriegsgebiet des Deutschen Reiches in den Jahren 1915 bis 1919, der 3,3 Millionen beträgt, übersteigt weit den Verlust an Menschenleben im Krieg, der auf 2 Millionen zu schätzen ist.

Die „verbrecherische“ Gewerkschaftspolitik

Die „Bergisch-Märkische Zeitung“ in Elberfeld ist als ein Scharfmacherblatt erster Güte bekannt. In der Ausgabe vom 26. Oktober bringt das Blatt folgende haßerfüllte Ausführungen gegen die Gewerkschaften und ihre Führer:

„Lohnkämpfe und Streiks häufen sich in der deutschen Wirtschaft in erschreckendem Maße und müssen naturgemäß alle Preisabbaumaßnahmen der Regierung illusorisch machen. Wir haben dieser Aktion der Regierung von vornherein ein Jaßko vorausgesagt müssen, weil sie mit unzureichenden und vielfach verfehlten Mitteln ins Werk gesetzt wurde, wie wir dies wiederholt eingehend begründet haben. Diese von den Gewerkschaften inszenierten Lohnkämpfe aber müssen sehr bald das Gegenteil von dem erreichen, was die Regierung bezweckt, nämlich eine weitere Steigerung des Preisniveaus. In den ersten Folgen dieser unheimlichen Lohnpolitik, die viele Unternehmen zugrunde richten und sich letzten Endes am härtesten bei der Arbeiterschaft selbst auswirken muß, wird man sehr bald schon das Verbrecherische dieser Gewerkschaftspolitik erkennen, die mit allen Mitteln die Entstehung einer Schicksalsgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit, wie sie die Not der Zeit erfordert, zu verhindern bemüht ist. Warum? Weil höher als das Schicksal des deutschen Arbeiters, des deutschen Volkes die Grenzen der Gewerkschaften bewertet wird. Wie tief will sich die deutsche Arbeiterschaft am Gängelbände der Gewerkschaftsführer noch ins Elend hineinziehen lassen?“

Gegen solche gemeine Verhöhnungen der Gewerkschaften polemisiert man nicht. Man hängt sie nur niedriger. Der Haß, der aus diesen Zeilen spricht, läßt auf eine geistige Anleihe beim Direktor Dr. Klein schließen. Es fehlt nur noch der Hinweis: In die Vaterneupfänge mit den Gewerkschaftsführern! Dann wäre der geistige „Höhepunkt“ der Zeitung erreicht.

Rapide Zunahme der Arbeitslosigkeit

In der Zeit vom 1. bis 15. Dezember 1925 ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenunterstützung von 673 315 auf 1 057 031, d. h. um rund 57 Prozent gestiegen. In einzelnen hat sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 613 712 auf 964 012, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 59 603 auf 93 019 erhöht. In dieser Steigerung trägt nicht unerheblich die Einstellung der Arbeit in den Außenberufen bei, die alljährlich um diese Zeit die Zahl der unterstützten Erwerbslosen in die Höhe treibt. Auch ist zu berücksichtigen, daß die Unternehmer verächtlich gerade jetzt am Ende des Jahres ihre Betriebe nur für einige Wochen stillgelegt und ihre Arbeiter während dieser Zeit verurlaubt haben. Diese Bestellungen ändern nichts an dem Ernst der Lage, der aus den Arbeitslosenziffern spricht.

Die Lebenshaltungskosten im Dezember

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten ist für den Durchschnitt des Monats Dezember mit 141,3 gegen 141,4 im Vormonat nahezu unverändert geblieben. Zurückgegangen sind die Preise für Fleisch, Fleischwaren, Milch und Milchzeugnisse, während Brot, Bier, sowie Gemüse und auch Kartoffeln im Preise etwas angezogen haben.

